

# Immer ging es um das Zusammengehen mit Kommunisten

UZ sprach mit Diether Dehm über sein Parteiausschlussverfahren

Gerüchte über einen Ausschlussantrag gegen Diether Dehm, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Partei „Die Linke“, gibt es schon seit Wochen. Am 12. November zitierte das ZDF daraus: „Eine vollständige Dokumentation aller dieser für die Linke schädlichen Äußerungen würde den Rahmen deutlich sprengen.“ UZ sprach mit ihm über das Verfahren, die Entwicklung der Linkspartei und Perspektiven für eine wählbare Alternative für die Werktätigen.



Foto: Martina Lemartz

Diether Dehm bei seinem Wortbeitrag auf dem UZ-Pressfest, der jetzt Stein des Anstoßes sein soll.

**UZ:** Nicht das erste Mal wird versucht, dich aus einer Partei auszuschließen. Neu ist, dass du davon aus den Medien erfährst. Wie gehst du damit um?

**Diether Dehm:** Das ZDF hatte den Antragstext eine Woche bevor ich ihn erhalten habe. Zig Medien haben berichtet, dazu habe ich 14 Interviews geben müssen. Vorgeworfen wird mir eine Aussage auf dem UZ-Pressfest, sogar Lieder. Dort hätte ich angeblich für einen konkurrierenden Wahlauftritt gewonnen.

**UZ:** Es gibt ja einen Mitschnitt dieser Veranstaltung bei YouTube. Weder die Antragsteller noch die Presse scheinen sich diesen Mitschnitt angehört zu haben. Du hast ja etwas anderes gesagt.

**Diether Dehm:** Ja, genau. Ich habe für einen linken Wahltritt bei der Europawahl gewonnen. Ich habe nicht gesagt, dass das eine neue Partei sein soll, sondern eine Alternative zu dem Abbruchunternehmen, das ich vor allen Dingen mit dem bisherigen Wahlkomplettler Jörg Schindler in Verbin-

dung bringe und damit, Sahra Wagenknecht rigoros ausgegrenzt zu haben. Dann habe ich das in Verbindung gebracht mit dem Verhalten gegenüber dem UZ-Pressfest. Gemessen daran, dass bei jedem UZ-Pressfest „Die Linke“ mit Ständen und Zelten im Revierpark Wischlingen vertreten war und überall herzlich willkommen geheißen wurde, obwohl es Differenzen gibt, habe ich das für ein Abbruchunternehmen erklärt, nicht mal die Toiletten zur Verfügung zu stellen. Und dabei bleibe ich auch.

**UZ:** Da warst du ja auch nicht der Einzige aus der Linkspartei, der das so gesehen hat.

**Diether Dehm:** Ganz recht.

**UZ:** Das Pressfest war im August. Jetzt kam der Ausschlussantrag.

**Diether Dehm:** Das wird ein Argument im Verfahren sein. In der Linkspartei gibt es nur eine Strafe für schwere Parteischädigung. Wenn also jemand glaubt, es sei Gefahr im Verzug, und

sich dann ein Vierteljahr Zeit lässt, in denen ein so gefährlicher Mensch weiter agieren kann, stimmt was nicht. Neben der angeblichen Neugründung einer Partei werden mir meine NATO-Feindlichkeit und Angriffe auf Frau Baerbock vorgeworfen.

**UZ:** Es geht also weniger um konkretes parteischädigendes Verhalten, sondern eher um eine inhaltliche Linie.

**Diether Dehm:** Es geht um Personen. Denn eines ist vielleicht für ein paar alte, in der 68er-Zeit geprägte renitente Streiter charakteristisch: ein Trotzreflex gegen Dauerberieselung der NATO mit zu vielen Medienpropagandisten, die schon für zu viele Sauerreien geworden haben. Diesen „Sag-nein-Reflex“ habe ich mir bereits als einer der Frankfurter Schülersprecher und Mitbegründer der Sozialistischen Schülergemeinschaft angewöhnt. Mit meinem Mofa war ich damals vor Schulen gefahren, habe einen Feueralarmkasten eingedrückt und als die Schüler rauskamen, habe ich gesagt, so jetzt ist die Schule rum, jetzt demonstrieren wir gegen Notstandsgesetze. Und gegen den Vietnamkrieg.

Dann haben wir die Bettina-Schule besetzt und haben Genschule mit Leuten wie Günter Amendt, Emil Carlebach oder Wolfgang Abendroth gemacht.

Dafür wurde ich 1967 auf dem Bundeskongress des SDS in Frankfurt am Main geehrt und wurde auf Vorschlag des Genossen Rudi Dutschke ins SDS-Präsidium als Ehrenmitglied aufgenommen, obwohl ich noch Schüler war. Bei diesem Kongress wurden dann aber auch die beiden vermeintlichen Mitglieder der illegalen KPD Marcella Knipping und Wanja von Heiseler aus dem Präsidium des SDS, ich glaube sogar, aus dem ganzen SDS gemobbt und rausgeschmissen. Einige Medien haben dem SDS dafür die Schulter getätelt. Darüber war ich so wütend – obwohl ich kein Kommunist war –, dass ich mit Günter Amendt und weiteren SDSlern demonstrativ zur illegalen KPD bin, um gemeinsam die Oktoberrevolution zu feiern.

**UZ:** Ende der 1960er Jahre bist du in die SPD eingetreten. Auch da hat man mehrfach versucht, dich auszuschließen, und hat es nicht geschafft – oder?

**Diether Dehm:** Drei ernsthafte Ausschlussverfahren, insgesamt sieben. Vier von Anbiederern, die einfach mal gemeint haben, sie machen mal einen Ausschlussantrag gegen mich. Drei ernsthafte, wo potente Parteivorstände dahinterstanden. Vor allen Dingen ging es um den Kreideler Appell, also um ein Zusammengehen mit Kommunis-

ten. Das war bei allen drei Ausschlussverfahren das Motiv.

**UZ:** In der Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten müsste also eigentlich klar sein, dass du unbelehrbar bist.

**Diether Dehm:** Ja. Und inzwischen kommt 'ne Art Altersstarrsinn hinzu.

**UZ:** Der „Spiegel“ veröffentlichte am letzten Freitag einen langen Beitrag über Sahra Wagenknecht und unkte über das Scheitern der neu zu gründenden Partei. Verrätst du UZ, wann die Partei denn nun gegründet wird?

**Diether Dehm:** Zunächst will ich mal den Mediensprech von mir als Wagenknecht-Vertrauter korrigieren. Das klingt nach ihrem Pressesprecher. Wir stimmen null Formulierungen ab. Außerdem: wenn ich die Antwort auf deine Frage wissen und sagen würde, wäre das nur Munition für den Ausschlussantrag und die NATO-Medien. Aber so viel ist sicher: kurz vor Gründung der AfD hätte die Verschärfung von Kritik an EU, Monopolen, deren Troika und den Sozialkürzungsorgien in den südeuropäischen Staaten ein Vakuum von links schließen können und müssen. Auch jetzt verstärkt die „Linken“-Partei spitze mit Unschärfe bei Corona-Diktaten und Ramelows Forderung nach schweren Waffen für die Ukraine die täglich wachsende Lücke im Parteispektrum. Dagegen muss es breite, objektiv anti-imperialistische Bündnisse von werktätigen Menschen bis zu Handwerksmeistern geben für Frieden mit Russland und die Reparatur von Nord Stream 2. Selbst kleine Parteien wie „Die Partei“, „Die Basis“ und die Todenhöfer-Partei hatten ja bei der Bundestagswahl Ergebnisse, die lokal und relativ über denen von DKP, PDS und Linkspartei lagen.

Dieses Vakuum wird bis zu den Europawahlen in jedem Fall gefüllt, ob von rechts oder in diffusen Zusammenschlüssen. Oder eben von radikaldemokratischer Seite für Stärkung des Sozialstaats, Rettung von Mittelschichten und Abrüstung. Wobei Verpflichtungen zum Impfen, Gendern, Putin-Nähe oder -Ferne und Ähnliches in kein Parteiprogramm gehören, sondern persönlicher Freiheit und Überzeugungsarbeit vorbehalten bleiben. Also: kleiner Konsens und große Verbreiterung. Und für so was habe ich ja auf dem UZ-Pressfest gewonnen. Für so etwas wäre natürlich eine Ausgrenzung von Sahra Wagenknecht der schiere Masochismus.

**UZ:** Welche Chance hätte eine solche Liste?

**Diether Dehm:** Eine breite Liste, wenn sie sich populär um die unteren vier Fünftel bemüht, könnte bei der Europawahl ein zweistelliges Ergebnis einfahren. Und das gab es ja in meiner Partei, Stichwort Offene Liste. Ich habe als Landesvorsitzender in Niedersachsen mal eine solche Variante durchexerziert, indem ich Christel Wegner von der DKP auf unsere Liste gesetzt habe. Und gleichzeitig haben wir uns um die Mitte der Gesellschaft, um VW-Arbeiter, alleinerziehende Mütter, Handwerker und die Sorgen der Milchbauern gekümmert. Damit kamen wir mit 7,1 Prozent in den Landtag. Der Medienmacht war die antikommunistische Stimmungsmache also nicht gelungen.

Das Gespräch führte Björn Blach

**Diether Dehm**  
**Meine schönsten Skandale**  
 Von Ruf- und anderen Morden  
 256 Seiten, mit Abbildungen,  
 20 Euro  
 Erhältlich unter [uzshop.de](http://uzshop.de)

## Gegen Parteiausschlüsse und Spaltungstendenzen

Erklärung des Bundesprecherrates der Kommunistischen Plattform

Mitglieder des Vorstandes der Partei DIE LINKE haben den Parteiausschluss von Genossen Diether Dehm beantragt. Und als würde das nicht reichen, stellte sich der Co-Partei-vorsitzende Genosse Martin Schirdewan hinter diesen Antrag, der Diether Dehm parteischädigendes Verhalten vorwirft.

Wie auch immer man zu den von Diether Dehm im Rahmen des UZ-Pressfestes gemachten Äußerungen, die zudem unterschiedlich wiedergegeben werden, steht: Die Kommunistische Plattform ist von Anbeginn ihrer Existenz dagegen, Meinungsverschiedenheiten – und seien sie noch so tiefgreifend – durch Ausschlussverfahren zu lösen. Zugleich sagen wir

in aller Deutlichkeit: Wir sind gegen jegliche die Partei zerstörende Spaltungstendenzen – vom wem sie auch ausgehen mögen.

Wir halten nichts von der Propagierung konkurrierender Wahlauftritte und auch nichts von Ausschussforderungen der „Progressiven Linken“, deren Fortschrittlichkeit uns zu erkennen schwerfällt.

Alle Spielchen, die die Spaltungstendenzen in der Partei befördern, lehnen wir entschieden ab. Ebenso wenig befürworten wir Parteiausschlüsse. Wir erwarten von den Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes, mit Genossen Diether Dehm das klärende Gespräch zu suchen.

## Rumoren an der Basis

Erklärung des „Karl-Liebknecht-Kreises“ von „Die Linke“ in Brandenburg

Die Tageszeitung „junge Welt“ veröffentlichte am 14. November eine Erklärung des „Karl-Liebknecht-Kreises“ von „Die Linke“ in Brandenburg zum gegenwärtigen Zustand der Partei:

Im zurückliegenden Jahr haben Basisorganisationen und Fraktionen der Linken eine ganze Reihe „Offener Briefe“ an ihren Parteivorstand gerichtet. Das ist Ausdruck der Besorgnis über die Entwicklung der Linken und über den Umgang aufeinanderfolgender Parteivorstände mit dem politischen Bedeutungsverlust der Partei. Kritisiert wurde die fehlende beziehungsweise oberflächliche Auseinandersetzung mit den Ursachen des Niedergangs und angesichts des Ukraine-Krieges die fehlende Einheit von Friedens- und

sozialer Politik der Partei. Verurteilt wurde eine immer offenkundigere Politik der Durchsetzung einer „einheitlichen Linie“ mit dem Ziel, Teile der Mitgliedschaft aus der Partei zu vertreiben. Und kritisiert wurden Bestrebungen, durch kurzzeitige und oberflächlich demoskopische Betrachtungen der Frage nach der eigenen Verantwortung auszuweichen.

Gemeinsam war diesen Briefen, dass sie vom Vorstand ignoriert wurden. Der „Karl-Liebknecht-Kreis“ erfuhr davon durch die Arbeit seiner Mitglieder in den Basisorganisatio-

nen und aus Presseveröffentlichungen. Der Parteioffentlichkeit wurden diese Briefe weitgehend vorenthalten, selbst der Bitte um Zustellung an Gremien der Partei wurde nicht entsprochen. Dieser Umgang mit der tiefen Besorgnis über das Schicksal der Partei untergräbt ihre Existenzgrundlagen. Die Versuche, der Auseinandersetzung mit den Problemen durch Ihr Verschweigen auszuweichen, müssen ein Ende haben!

Die Politik der Partei muss auf die Wiederherstellung des Friedens und Verteidigung sozialer Interessen gerichtet sein und nicht in erkennbarer Weise nur auf das taktische Ziel, Zulauf zu gewinnen. Um mit Karl Liebknecht zu reden: „Die Lehre: Wir bekämpfen

den Krieg, wenn er aber einmal da ist, geben wir unsere Opposition gegen ihn auf und machen ihn mit‘, heißt, die Friedens- und Kriegspolitik grundsätzlich auseinanderreißen.“ Das gilt dann auch für den als „Sanktionen“ verhandelten Wirtschaftskrieg, der die „kleinen Leute“ hierzulande schon in den Existenzverlust treibt, was die Erfüllungsgelhilfen des Kapitals gerne als hinzunehmende „Wohstandverluste“ verarmlosen.

Zurück zu Marx heißt heute, sich nicht in Gruppen oder Kleingruppentheorien zu erschöpfen. „Die Menschen müssen trinken, wohnen und sich kleiden, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion und so weiter treiben können“; sie müssen zuallererst aber le-

ben und damit angesichts der wachsenden Gefahr eines nuklearen Infernos vor allem überleben. Dafür braucht es keine Vorschläge für den Schießkrieg oder den als „Sanktionen“ verarmlosten Wirtschaftskrieg. Es braucht Widerstand gegen die Kriegspolitik im eigenen Land. Auch wenn sich vieles geändert hat – die Klassenfrage ist nicht erledigt. Auch allgemeinhin Menschliche Probleme sind in der kapitalistischen Gesellschaft nur durch Klassenkampf zu lösen.

Wenn „Die Linke“ mit dieser Position wieder erkennbar wird, dann hat sie eine Zukunft. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe des Parteivorstandes – und nicht der Kampf gegen Teile der eigenen Mitgliedschaft!